

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Pfalz und Reich.

Gegen die Verleumder.

Gestern gegen Mittag erhielten wir telegraphisch aus sozialdemokratischen Kreisen der Pfalz die überraschende Mitteilung, daß die Bildung eines von Bayern losgelöstes pfälzischen Freistaats im Rahmen des Reichs unmittelbar bevorstehe. Der Entschluß zu dieser Tat wurde mit der bayerischen Untreue dem Reich gegenüber und mit der ständig wachsenden Separatistengefahr begründet, die Selbstverständlichkeit, daß es sich um eine Staatenbildung im Verband des Reiches handle, war ausdrücklich betont. Diese Nachricht und unsere genaue Kenntnis der Anschauungen unserer pfälzischen Genossen ließen keinen Zweifel daran, daß die Aktion unternommen war, um im Gegensatz zu Bayern die Reichstreue der Pfalz zu dokumentieren und gegen die separatistische Bewegung einen entscheidenden Schlag zu tun.

Die Vertreter Frankreichs in der Pfalz haben durch ein perfides Manöver diese Aktion in ihr Gegenteil umzudrehen versucht, sie haben damit ihre annexionistischen Ziele in schamloser Offenheit aufgedeckt. Der pfälzische Kreistag, einschließlich der Sozialdemokraten, hat gegen dieses Manöver sofort Stellung genommen und es unabweislich abgelehnt.

Was tut die deutschnationalistische Presse? Sie wendet sich nicht gegen den französischen Annexionismus und seine unbefugte Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse, sondern gegen die Sozialdemokratie, die sie tobend und freischend des Landesverrats beschuldigt. Ihr ganzes Bestreben ist darauf gerichtet, aus einer Angelegenheit, die jedem ehrlichen Freund der deutschen Einheit an die Knochen geht, einen parteipolitischen Braten für sich zu machen.

Es ist wohl kein Zufall, daß der Münchener „Völkische Beobachter“ zugleich einen Artikel veröffentlicht, in dem gegen das Zentrum im Zusammenhang mit den Vorgängen im Rheinland genau dieselben Vorwürfe erhoben werden, wie gegen die Sozialdemokratie in der Pfalz. Diesen Herrschaften kommt es eben nicht darauf an, das Reich zu retten, sondern nur darauf, mit Lügen und Verleumdungen ihre innerpolitischen Gegner niederzujagen.

Es hieße Wasser ins Meer tragen, wollten wir uns über die Stellung der Sozialdemokratie zum Reich noch ausführlich

äußern. Sie ist bekannt und eben erst vom Parteivorstand in ganz unmißverständlicher Weise festgestellt. Ein Parteimitglied, das es unternähme, im Einverständnis mit einer auswärtigen Macht auch nur einen Fuß breit deutschen Bodens vom Reich abzulösen, wäre für die Partei erledigt.

Bayern hat die Reichsverfassung gebrochen, das ist gestern von der Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten einstimmig festgestellt worden. Das Reich hat sich diesen Verfassungsbruch gefallen lassen, ohne etwas Entscheidendes dagegen zu tun. Wenn dann unsere Genossen in der Pfalz, von der Verzweiflung gepackt, eine Tat begehen, mit der sie dem Reich zur Hilfe kommen wollen, so soll man deswegen auf sie keine Steine werfen. Gegen Verleumdungen, die aus parteipolitischen Gründen gegen sie erhoben werden, haben sie ein Recht auf den Schutz der Partei.

Eine ganz andere Frage ist, ob sie im einzelnen taktisch richtig gehandelt haben und ob sie nicht in Voraussicht eines drohenden französischen Manövers unter den gegebenen Umständen auf ihre Aktion besser verzichtet hätten. Die Frage bedarf noch der Klärung, und in ihr behalten auch wir uns ein abschließendes Urteil vor.

Ein heute morgen hier eingetroffenes Telegramm des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes in Ludwigshafen teilt mit: „Alle Nachrichten von Trennung der Pfalz vom Reich Lügen“.

Warnung vom Rhein nach München.

Köln, 24. Oktober. Zu den Vorgängen in der Rheinpfalz und in Speyer schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ u. a.: Hoffentlich wird man in München aus diesen Vorfällen eine Lehre ziehen. Es ist nicht die Zeit zur Austragung innerpolitischer Machtkämpfe. Das deutsche Volk erwartet vor allem Zusammenstehen von Reich und Ländern. Das rheinische Volk im besonderen richtet in dieser Stunde höchster Not die Warnung an Bayern, die Reichsgewalt zu stärken!

Die Note an die Reparationskommission.

Die Ausnahme in Frankreich.

Paris, 25. Oktober. (Z.N.) Es ist anzunehmen, daß die Reparationskommission in ihrer ordnungsmäßigen Sitzung am kommenden Freitag sich mit der Note der deutschen Regierung befassen und über die darauf zu erteilende Antwort beraten wird. Am Quai d'Orsay erklärt man, daß die französische Regierung vorläufig keinen Anstoß habe, zu der Note Stellung zu nehmen.

Paris, 25. Oktober. (W.Z.) Die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission wird von einem Teil der französischen Presse bereits abgelehnt. Der Quai d'Orsay hat nach dem „Quotidien“ schon gestern abend angekündigt, Louis Barthou werde Befehl erteilen, sich der Prüfung der Note zu enthalten, bis die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen wieder ausgenommen habe. „Paris“ schreibt: Zu der Entscheidung der Reparationskommission müsse man, ohne dem vorzugreifen, bemerken, die Tatsache, daß das Reich erkläre, es sei geneigt, die Lieferungen wieder aufzunehmen, es befinde sich aber in der Unmöglichkeit, sie zu finanzieren, bedeute, daß es nichts tun werde. Die deutsche Note ändere also in Wirklichkeit den bisherigen Zustand nicht. „Echo de Paris“ führt aus: Die These der französischen Regierung ist klar begründet worden. Es kann nicht davon die Rede sein, zu parlamentarisieren, so lange der Zustand vor dem 11. Januar nicht wiederhergestellt ist und solange die unterbrochenen Sachlieferungen nicht wieder aufgenommen sind. Das französische Ministerium ist um so weniger geneigt, von diesem ein für allemal festgelegten Grundsatz abzugehen, da es nur rasch an Terrain verlieren würde.

Vor einer internationalen Konferenz.

Wichtige Verhandlungen im Gange.

London, 25. Oktober. (W.Z.) Den Blättern zufolge sind wichtige Verhandlungen zwischen den Alliierten im Gange gewesen, um eine Konferenz der Staaten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, im Dezember nach Paris einzuberufen. Eine derartige Konferenz würde sich, wie verlautet, mit den miteinander zusammenhängenden Fragen der Reparationen und der insolventen Schulden befassen. Jede Nation würde direkt vertreten sein. Die Absicht sei, unabhängig von der Reparationskommission und dem Völkerbund zu handeln, aber technische und andere Sachverständige sowie deutsche Vertreter „von hohem Rufe“ würden daran teilnehmen. Baldwins Erklärung am morgigen Tage werde vielleicht der Erwartung Ausdruck geben, daß eine derartige Konferenz zu einem nicht fernem Zeitpunkt zusammenzutreten werde.

Mac Kenna für aktive englische Politik.

London, 25. Oktober. (W.Z.) Der bekannte englische Bankier und frühere Schatzkanzler Mac Kenna erklärte in einer Rede in der Handelskammer von Belfast, wenn England den Stand der Handelsstätigkeit wie vor 1914 erreichen wolle, so müsse es zu allererst in ganz Europa die Bedingungen des Friedens und der Stabilität wieder herstellen, die damals bestanden haben. Die Haupt-

ursache der Fortdauer der Unordnung sei die französische Besetzung des Ruhrgebiets gewesen. Vom Standpunkt der Reparationen gesehen sei diese Politik von katastrophaler Erfolglosigkeit gewesen. Es sei klar, daß die Franzosen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zerstörten. Das Ruhrgebiet sei nicht mehr ein Aktium, sondern ein Passium, und man werde sehen, daß Reparationen nicht von einem verfallenen und ruinierten Lande erzielt werden können. England habe bereits mehr durch Arbeitslosigkeit verloren, zu der die hässliche Lage Europas sehr viel beitrage, als es jemals durch die Bezahlung von Reparationen wieder erlangen werde. Das von der britischen Regierung gemachte Angebot sei nicht angenommen worden, und England müsse daher das Problem neu erwägen, das nach Ansicht der Franzosen die Frage der inkassierten Schulden zwischen den Regierungen ebenso wie die der Reparationen einschließt.

Die Rede Mac Kennas wird ebenso wie die Rede Smuts, besonders auch im Hinblick auf die morgige wichtige Erklärung Baldwins in Plymouth, in der Dessenlichkeit viel beachtet. Es wird darauf hingewiesen, daß beide in ihren Schlussfolgerungen übereinstimmen. Der politische Berichterstatter des „Star“ schreibt, die Bedeutung der Rede des Generals Smuts mit ihrer Warnung und ihrem Appell an Frankreich werde überall und besonders auch von den Mitgliedern der britischen Regierung zugegeben. General Smuts spreche nicht als ein isolierter Premierminister eines Dominions, seine Ansichten seien die Ansichten aller Uebersee-Staatsmänner, die sich augenblicklich in London befinden. Einer der Gründe, weshalb Baldwin eine öffentliche Erklärung der britischen Außenpolitik verschoben habe, sei gewesen, daß er zuvor die Billigung der Premierminister der Dominions erhalten wollte, die er jetzt besitze.

Zurückhaltung der Börse.

Die reichstreuen Kundgebungen der pfälzischen Bevölkerung, die Niederlegung des Hamburger Putschversuches und die Eindämmung der separatistischen Bewegung im Rheinland ebenso wie die Aussicht auf eine Verständigung zwischen Berlin und München haben eine zuverlässigere Stimmung aufkommen lassen. Ferner bildeten die im Verlaufe des heutigen Vormittags eingetretene Geldknappheit im Zusammenhange mit den Streikdrohungen des Personals der Rotenbrudereien einen starken Anlaß zur Zurückhaltung der Nachfrage nach Devisen. Die Geldklemme hat sich so verschärft, daß die meisten Berliner Banken heute keine Auszahlungen vornehmen können. Die Umsätze sind geringer denn je zuvor. Die Goldanleihe wurde im freien Verkehr mit 65 Milliarden gehandelt. Es war der Reichsbank ein Leichtes, durch geringe Abgaben eine Steigerung zu verhindern. Die Tendenz für Effekten ist zwar fest, doch sieht man der morgigen Börse mit einiger Sorge entgegen, da noch nicht bekannt ist, ob die Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr bis morgen behoben werden können.

Der amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 25. Oktober, 65 Milliarden Mark.

Für die Einheit des Reiches!

Von Theodor Leipart.

Die dringendste Forderung, die die Gewerkschaften an die Reichsregierung zu stellen hatten, war, daß sie endlich Ernst macht mit der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für die Lohn- und Gehaltsempfänger und daß sie mit der notwendigen Entschlossenheit eingreift, um für die armen Schichten des Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft die Lebensmittel heranzuführen, die sie zur Fristung der dürftigsten Existenz brauchen. Zu diesem Zweck waren am Dienstag abend Vertreter des Bundesvorstandes beim Reichskanzler. Die Reichsregierung hat, wenn anders sie ihrer Aufgabe gewachsen sein will, angesichts der nicht mehr zu überbietenden verzweifelten Notlage des Volkes unter allen Umständen die bisherige Unschlüssigkeit abzuschütteln und durch rasches, zielbewusstes Handeln die unerträgliche wirtschaftliche Not zu lindern. Sie hat gestern zugesagt, endlich von der ihr erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und dem Zahlungsmittelstand einen Riegel vorzuschieben.

Ueber diese unmittelbaren Maßnahmen hinaus halten es die Gewerkschaften für die unumgängliche Pflicht der Reichsregierung, durch entschlossenes Handeln den üblen Machenschaften entgegenzutreten, die bewußt oder unbewußt auf den Zerfall des Reiches gerichtet sind. Die Gewerkschaften lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur die Reichsregierung auf die Dauer unterstützen werden, die den klaren und selbstverständlichen Mut aufbringt, die Einheit des Reiches gegen ihre innerdeutschen Gegner, wenn es nicht anders geht, unter Einsatz aller verfügbaren Mittel, zu verteidigen.

Fatalisten sprechen schon jetzt mit Totengräbermienen vom Zerfall des Reiches. Es kann aber nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die Einheit des Reiches von dem Mut, dem Glauben und der unbeugsamen Entschlossenheit all der Kreise abhängt, die sich treu zur deutschen Republik und zu der Verfassung des Reiches bekennen.

Die Gewerkschaften sind in allen Gebieten, in denen landesverräterischer Separatismus unter dem wohlwollenden Schutz Frankreichs und Belgiens die Loslösung vom Reich betrieb, unentwegt für die Einheit des Reiches eingetreten. In dieser großen nationalen Frage gibt es für die deutsche Arbeiterbewegung kein Schwanen. Noch in den letzten Tagen haben die Gewerkschaften, vereint mit den reichstreuen Elementen des Bürgertums, die Putschversuche niedergeschlagen, deren Ziel eine Rheinlandsföderation von Frankreichs Gnaden war und ist. Sie haben den Gegenstoß gegen diese Feinde des Reichsgedankens erfolgreich durchgeführt, trotzdem die Sonderbündler auf die Hilfe der französischen und belgischen Befehlshaber rechnen konnten, und unbekümmert um die Gefahr, der sie sich von seiten der französischen und belgischen Truppen aussetzten. Der Bundesvorstand des ADGB dankt den Kameraden im Rheinland für den bewiesenen Mut und dafür, daß sie sich nicht von dem wehleidigen Geschwätz haben anstecken lassen, daß die Auflösung des Reichs doch nicht mehr aufzuhalten sei.

Es ist eine Schmach, daß man in Deutschland daran erinneren muß, was die Gewerkschaften in den Monaten des Ruhrkampfes für die Nation geleistet haben. Aber angesichts des gehässigen und nichtswürdigen Verleumdungselbzeuges, der von den Parteigängern der Reaktion in den letzten Wochen inszeniert wurde, wird dieser Hinweis zur traurigen Pflicht. Was haben die bayerischen Monarchisten, was haben die Nationalsozialisten in Bayern, die Deutschvölkischen in diesem aufgezwungenen Kampf geleistet? Die Frage stellen heißt sie beantworten. In derselben Zeit, als die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter den passiven Widerstand am Rhein und an der Ruhr organisierten und zahllose Arbeiter, Angestellte und Beamte sich lieber von Haus und Herd vertreiben ließen, als dem Reich die Treue zu brechen, haben die üblen Agitatoren dieser „nationalen“ Organisationen nichts anderes getan, als die Autorität der Reichsregierung mit allen Mitteln der Verleumdung zu untergraben und gegen die Republik zu hegen, deren Bestand von ihren erbittertesten Gegnern bedroht war. Jetzt, wo diese Männer, die das Reich ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen verteidigten, dem Hunger und Elend preisgegeben sind, wagt man es, gegen sie die Sturmflut der Gegenrevolution zu entfalten und zum Generalantritt auf die Grundrechte vorzugehen, die in diesen schweren Kämpfen zum unantastbaren Gut der gesamten Nation hätten werden müssen.

Es ist elende Lüge und Anmaßung, wenn ausgerechnet Herr von Kahr, der einen meuternden General in Schutz nimmt, die Gewerkschaften und die sozialistische Partei als Feinde des Reiches zu brandmarken versucht. Er wagt es, den Kampf, den gewisse Gruppen in Bayern angeblich im Namen der Nation und tatsächlich um partikularistischer, offen verfassungseindlicher Interessen willen führen, als einen Kampf gegen den „internationalen Marxismus“ hinzustellen. Es ist von einem beschränkten bayerischen Bürokraten älteren Schlages nicht zu verlangen, daß er auch nur das Geringste weiß vom Wesen des Marxismus oder von dem wahren Charakter des Internationalismus der deutschen Arbeiterbewegung. Aber es muß von ihm so gut wie von jedem verantwortlichen Minister verlangt werden, daß er die Tatsache anerkennt, die ein Blinder mit Händen greifen kann, daß die „internationalen Marxisten“ in Wahrheit die überzeugtesten Vorkämpfer der Reichseinheit in den letzten Jahren gewesen sind, jederzeit bereit zu persönlichen Opfern im Interesse des ganzen Volkes, jederzeit bereit, agi-

tatorisch näherliegende Interessen der Gewerkschaften und der Partei zurückzustellen, wenn die Vertreter der führenden Wirtschaftskreise zu sehr oder zu wenig an eine einseitige Interessenspolitik gebunden waren, um die Verantwortung für die Reichspolitik zu übernehmen.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben diese Opfer in dem Bewußtsein gebracht, daß mit der Einheit des Reiches die Einheit und Macht der deutschen Arbeiterbewegung steht und fällt. Der Zerfall des Reiches ist gleichbedeutend mit dem Sieg der Reaktion, die gegenüber den von den Reichsorganisationen getrennten und auf sich selbst angewiesenen Organisationen der einzelnen Länder ein leichtes Spiel haben wird. Das Regiment des Herrn Kahr in Bayern liefert den schlagendsten Beweis für diese dann unermessliche Entwicklung. Im unmittelbaren Lebensinteresse der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands müssen daher die Gewerkschaften für die Einheit des Reiches sich mit aller Energie einsetzen. Aus diesem Grunde werden sie die Reichsregierung bei jedem energischen und zielbewußten Vorgehen gegen die Feinde des Reiches mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln unterstützen. Aber die Voraussetzung für diese Hilfe der Gewerkschaften ist, daß die Reichsregierung ihre bisherige unentschlossene Haltung aufgibt und endlich den Mut findet, allen innerdeutschen Feinden des Reiches mit unzweideutiger Klarheit entgegenzutreten. Bisher hat sie das nicht getan. Dem Aufbruch der Reichsregierung, der die Hoffnung aufkommen ließ, daß sie sich in letzter Stunde ihrer Verantwortung gegenüber dem Reichsganzen bewußt ist, ist eine neue Periode der Unschlüssigkeit gefolgt. Dieses ständige Zögern ist das Gegenteil einer klaren, von dem Mut zur Verantwortung getragenen Reichspolitik. Die Regierung muß wagen, die Interessen des Reiches mit allen verfügbaren Mitteln zu vertreten. Dann — und nur dann erweist sie sich würdig, in dieser Zeit schwerster Gefahr an der Spitze des Reiches zu stehen.

Verständigung?

Ein amtliches Communiqué nach seinem wahren Inhalt zu untersuchen, ist zumeist eine besondere Kunst, gleichviel ob es sich um einen Kriegsbericht, eine diplomatische Konferenz oder eine innerpolitische Besprechung handelt. Bei solchen Gelegenheiten offenbart sich nur allzu oft die Richtigkeit des Satzes, daß die Sprache das Mittel der Menschen sei, um ihre Gedanken zu verbergen.

Der am Schluß der gestrigen Zusammenkunft der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichskanzlei herausgegebene offizielle Bericht ist bei aller Ausführlichkeit im höchsten Grade unklar und unbefriedigend. Doch ist an dieser doppelten Eigenschaft wohl weniger der Verfasser der offiziellen Verlautbarung schuld, als die Politik der Reichsregierung selber Bayern gegenüber, die in höchstem Maße zweideutig und bedenklich ist.

Zunächst darf wohl folgende Frage aufgeworfen werden: An der Sitzung hat als Vertreter Bayerns der Gesandte von Preger teilgenommen, der persönlich ein durchaus schätzenswerter Mensch sein mag, jedenfalls aber ein getreuer Diener seiner jeweiligen Herren ist; und je reaktionärer besagte Herren sind, desto eifriger ihr bester Vertreter. Seitdem Herr von Kahr in Bayern diktatorisch regiert, vertritt Herr von Preger besonders rühmig und energisch die „Belange“ seiner weißblauen Heimat. Es vergeht fast kein Tag, an dem er nicht irgendeine Protest- und Drohnote seiner Regierung überreicht.

Nun ist als Ergebnis der Besprechung eine vom württembergischen Staatspräsidenten Dr. v. Hieber vorgeschlagene Erklärung einstimmig angenommen worden, wonach in dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich die Vertreter der Länder sich einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung stellten.

Also auch Herr von Preger? Oder hatte sich letzterer vor der Abstimmung zurückgezogen? Oder hat er sich der Stimme enthalten, um die schöne Einmütigkeit nicht zu stören?

Aber das ist noch eine verhältnismäßig sekundäre Frage. Wichtiger ist uns die andere: Welches ist eigentlich der „Standpunkt der Reichsregierung“? In der Programmrede des Reichskanzlers, nach der Bildung seines zweiten Kabinetts kam dieser nur in sehr verschwommenen Ausdrücken zur Sprache. Wohl hörte man zunächst, daß die Reichsregierung eine besondere Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes durch den Reichstag für überflüssig und schädlich erachte, weil letzterer durch die Verhängung des Reichsausnahmezustandes rechtlich (laut Art. 48 der Verfassung) und automatisch erloschen sei, später wurde diese eindeutige Version von amtlicher Stelle der Presse gegenüber in sanfter Abrede gestellt; ohne daß allerdings auf die Frage, zu welchem Zwecke denn sonst die Reichsregierung in einer schleunigst einberufenen Nachsitzung den Reichsausnahmezustand verkündet worden sei, irgendeine Antwort erfolgte.

Fest steht jedenfalls, daß die Reichsregierung bis auf das mißglückte Verbot des „Völkischen Beobachters“ nicht den kleinsten Schritt unternommen hat, um ihrer ursprünglichen Rechtsauffassung Geltung zu verschaffen. So daß man heute nicht einmal in rechtlicher Hinsicht von einem Standpunkt des Reichskabinetts reden kann. Die Wahrheit dürfte vielmehr sein, daß innerhalb des Kabinetts sich die verschiedensten Standpunkte mit der Zeit herausgebildet haben, oder mindestens sehr weit von einander divergierende Nuancen eines Standpunktes.

Nun erklären die Herren Ministerpräsidenten und Gesandten im Einvernehmen mit dem Kanzler, sie hielten eine schnelle Regelung der Personalfragen für notwendig. Wer ist damit gemeint? Etwa der meuternde General von Lossow? Oder Herr von Kahr, der mit dem Meuterer gemeinsame Sache macht? Soll die Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen etwa dem Zwecke dienen, die Frage Kahr-Lossow auf die Weise zu lösen, daß man den Rebellen Kahr allein mit der Gewalt in Bayern betraue und es ihm überlasse, seinen Meuterergeneral in irgendeiner Form auf Kosten der Republik die Treppe hinaufzubefördern?

Der Kanzler hat schließlich „die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern die Einigung herbeizuführen“ zum Ausdruck gebracht. „Verständigung“ und „Einigung“ in allen Ehren, aber zunächst muß doch der Verfassungsverbruch des Herrn von Kahr und die Meuterei des Herrn von Lossow klargestellt und nicht in verschwommenen Communiqués vertuscht werden.

Wie weit man noch von dem Ziel entfernt ist, das dem Kanzler vorzweht, das lehrt folgendes Telegramm der Telegraphen-Union aus München:

Der Generalkonferenzkommissar Dr. v. Kahr ist heute von einem hervorragenden Politiker in München gefragt worden, wie er sich persönlich eine Lösung des Konflikts zwischen Bayern und der Reichsregierung denke. Dr. v. Kahr hat darauf eine Antwort gegeben, welche die „Telegraphen-Union“ mit Einwilligung des Staatskommissars veröffentlicht: „Der Ausgang? Prognose ist eine undankbare Sache. Aber für jemand, der deutsche Geschichte und deutsches Wesen kennt, sollte es in diesem Falle nicht schwer sein. Mit einer Reichsregierung, die einen Dr. Feigler weiter amtiert läßt, ist eine gedeihliche Lösung nicht zu erreichen, denn ihr fehlen die Kraft und die Ueberzeugungstreue. Deutschland durch die jetzige Katastrophe hindurchzuführen. Mit einer entschlossenen, vaterländisch handelnden Reichsregierung wird sich die Lösung von selbst ergeben. Man gebe wieder den Bundesstaaten, was den Bundesstaaten gehört, dem Reich, was des Reiches ist. Befreien wir das Eigenleben der deutschen Länder von den erstickenden Fesseln, in die sie der margittische Unitarismus gebracht hat. Nur so wird wieder der lebende Reichsgeist entstehen, der unserm deutschen Vaterlande aufs neue seinen Platz an der Sonne erobert.“

Von allem Phrasenschwulst entkleidet ist die Antwort Kahrs sehr eindeutig: Sie ist eine neue Kriegserklärung an die jetzige Regierung und soll den neuen Feldzug der Deutschnationalen gegen die Große Koalition unterstützen.

Inzwischen hat sich gestern Dr. Stresemann — laut Communiqué — wohl mit Dr. Feigler geeinigt, was immerhin schon eine anerkennenswerte und erfreuliche Leistung ist. Wie er sich die Einigung mit Bayern angesichts des oben angeführten „Einigungsprogramms“ des bayerischen Diktators vorstellt, bleibt wohl sein Geheimnis.

Uns dünkt, das Reich hat trotz der gestorn festgestellten Einmütigkeit der Ministerpräsidenten der Länder an Ansehen und an Kraft nicht gewonnen. Und wenn es auf diesem Wege fortfährt, so wird der Reichsgedanke unrettbar daran zugrunde gehen. Abgesehen davon, daß Lossow schon seit Sonnabend seinem Vorgehen Seckel ungestört und ungestraft auf der Nase tanzen darf, was außerordentlich dazu beitragen dürfte, der deutschen Wehrmacht und ihren Führern im Inlande und im Auslande Respekt zu verschaffen.

Der Kampf um Aachen.

Aachen, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen wurde das hiesige Regierungsgebäude von der Polizei besetzt. Ein Teil der Separatisten entkam, ein anderer wurde gefangen genommen, ohne daß dabei von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht wurde. Nachher griff belgische Gendarmerie ein und eröffnete das Feuer auf die deutsche Polizei, die mehrere Tote und einige Verwundete zu beklagen hat.

Man will den Erfolg abwarten.

Aachen, 25. Oktober. (W.B.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Mainz wird im „Echo der Rhein“, dem Sprachrohr der Franzosen, mitgeteilt, beim Empfang des Direktoriums der rheinischen Partei habe der Präsident der internationalen Rheinlandkommission Tirard erklärt, er nehme von ihren Mitteilungen Kenntnis, könne aber andererseits bis auf weiteres das Direktorium als eine tatsächliche Macht nur in den Bezirken anerkennen, wo es sich der Amtsgewalt zu bemächtigen vermöge.

Ausflüchte.

Düsseldorf, 25. Oktober. (W.B.) Die Stadtverwaltung und die Führer der Stadtverordnetenfraktionen haben sich gestern zu General Simon begeben, um ihn anfänglich der separatistischen Forderung um Austunft zu ersuchen, wie die Besatzungsbehörde sich verhalten werde, wenn ähnliche Vorgänge sich auch in Düsseldorf abspielten. Der General hat daraufhin folgende Erklärung abgegeben: Was auch immer geschehen möge, die Nachmittel des Belagerungszustandes bleiben in der Hand der Militärbehörde, die sich allen Gewaltakten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, widersetzen wird. Waffengebrauch ist verboten.

Fiasko in Worms.

Worms, 25. Oktober. (W.B.) Wie mir erfahren, haben auch hier die Sonderbündler ein kühnliches Fiasko erlitten. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch erschienen sieben bis acht Personen in einem Loksal vor der Kreisdirektion und forderten die Uebergabe der Geschäfte, was abgelehnt wurde. Darauf versuchten sie einen Sturm auf das zweite Polizeirevier, der jedoch gleichfalls mißlingte. Inzwischen war eine große Menschenmenge, in der hauptsächlich organisierte Arbeiter (Marxisten, D. Red.) zum Obermarkt gezogen, wo sich das sogenannte Hauptquartier der Sonderbündler befindet. Dort sollte der Führer der Wormser Sonderbündler, der aus Württemberg stammende Kaufmann Loh, eine Rede halten. Er wurde aber von der empörten Menge niedergeschrien und seine Wohnung gestürmt. Er mußte flüchten. Mehrere Sonderbündler wurden verprügelt. Bei den Vorfällen hielten die Franzosen sich neutral.

Andernach befreit.

Andernach, 25. Oktober. (W.B.) Gestern wurden auch aus Andernach die Sonderbündler vertrieben.

Kämpfe in Krefeld.

Paris, 24. Oktober. (Eca.) Wie die französischen Blätter aus Düsseldorf berichten, dauert in Krefeld der Kampf seit gestern abend zwischen den Separatisten und der Polizei an. Die Polizei ist mit dem Düsseldorf-Bürgermeister zusammen im Rathaus eingeschlossen. Nach den von Krefeld eingetroffenen Meldungen soll die Lage im Laufe des Nachmittags sehr ernst geworden sein. Es werden zehn Tote und sieben Verwundete gemeldet.

Ein Dichter der Heimat.

Von Karl Fischer.

Die Begriffe Heimatkunst und Dichter der Heimat waren schon vor dem Krieg erstarre Formeln und tote Worte geworden, die man lustlos hörte und die man literarisch nicht mehr wertete. Poetik, die mit der Poesie nicht das mindeste gemein hat, mischte sich ein, und man glaubte ein Dichter der Heimat zu sein, wenn man die Scholle, auf der man lebte und an der man liebte, über den grünen Aker lobte, allen anderen Volksgenossen aber den Krieg erklärte. Ganz unerträglich wurde das Treiben dieser sogenannten Heimatdichter während des Krieges und die ganze lange Zeit hindurch bis in unsere Tage. Alle diese vielen Romane und Gedichte und Schauspiele gingen nach der fatalen und jodenscheinigen Methode: „Am deutschen Wesen soll noch mal die Welt genesen!“

Es fehlt überall der weite Blick und das weise Wort, das die Zusammenhänge zwischen der Heimat und der weiten Welt knüpft und von hoher Warte kündigt: überall wohnen Menschen zum Leiden geboren und mit Balken auf schwachen Schultern, die sich darum streben und einander zu verstehen lernen sollen. Heimatdichter in diesem hohen, heiligen Sinn waren, um nur ein paar zu nennen: Fontane, Heiter, Storm, Thoma in seinen guten Tagen, als er noch nicht nach rechts abgekehrt und umgekippt war, und der „Eimpfichismus“ noch nicht unter der Fuchel des Herrn Stinnes stand. Und so einer ist auch der Hamburger Hans Friedrich Blun d. Von diesem starken, bodenstämmigen Hamburger ist an dieser Stelle schon einmal die Rede gewesen, als ich seinen Roman „Berend Fod“ würdigte, aus dem dem Dichter der heisse Atem der Liebe zur Heimat entgegenströmt und zugleich der hohe Mut, alle Dinge der Welt zu verstehen und liebend lieben zu wollen. Der „Berend Fod“ bedeutet bisher einen Höhepunkt im Schaffen Blunds, der sich im übrigen in der Sorge um den Alltag verzehren und seine reife Kunst in kleinen Skizzen und Erzählungen gewissermaßen vergetzeln muß, von denen Proben auch im „Vorwärts“ zu lesen waren. Der epische Vorbäuer, wenn man so sagen darf, des „Berend Fod“ ist der Roman „Hein Hoger“. Hier hat der Dichter noch nicht das Raffige und Keife wie im „Berend Fod“ erreicht, manches zerfließt und zerflattert ein wenig, und die künstlerische Konzeption ist noch nicht stark und straff genug. Aber doch ein prachtvolles Gemälde in Holzschmittmanier des mittelalterlichen Hamburg in seinem Wachen und Werden, in seinen Kämpfen zu Wasser und zu Lande mit den Dilmarschen, den Hofsteinern, den Pänen und Schweden. Und gerade hier werden Zusammenhänge zwischen den Völkern und Volksstämmen mit klarer, starker Demotrafie zielbewußt aufgezeigt, wird betont wie notwendig das Zusammenhalten ist, wenn man zum Ganzen und Großen will.

Ueber den Epiker Blund darf man jedoch den Spritzer nicht achlos beiseite stellen. Sein Gedichtbuch „Der Wanderer“, seiner Frau gewidmet, hat Stücke und Stimmen, wie sie nur wahren Dichtern aus dem Herzen kommen. Vor allem seine Sammlung plattdeutscher Gedichte: „Hart warr ni möd“ (Herz, werd' nicht müd) ist ein Schatzkästlein aller herzhafsten lyrischen Stimmungen und Schwingungen. Das hier sind Volkslieder in des Wortes bester Bedeutung; halb Trauer, halb Trost, eine bezaubernde Innigkeit und Schönheit bei aller Schlichtheit. In der Sammlung steht folgendes Stück, das man nie wieder vergessen kann und das einen begleitet auf allen Wegen durch die Welt:

„Hart, warr ni möd, hart, warr ni fied,
Blaw an di säm und blaw di tru,
Blaw an de Wield, glaw an den Lied,
Blaw an de Wilscheed, hart, säh nu.“

Auch als Dramatiker hat sich Blund versucht, indessen nicht mit besonderem Glück und Geschick. Sein wohl als Kammerpiel gedachtes Bühnenstück: „Die Frau im Tal“, wenigstens verschimmt zu sehr ins Mystische und Bismarke. Indessen, noch darf man ja bei Blund von keinem Abschlus sprechen, noch schafft er rüstig weiter, dem „Berend Fod“ soll ein neuer großer Roman folgen.

Glück auf, Hans Friedrich Blund, und glückliche Fahrt!

Arbeiterbildung in Leipzig.

Das Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut Leipzig, die Bildungsorganisation der B.S.P. und der Gewerkschaften Leipzigs, hat trotz der schwierigen Verhältnisse standgehalten. Selbst in den kritischsten Tagen des August hat es die Aufführung und Wiederholung eines gewaltigen Mollenspiels zustande gebracht, an dem (mit den Sängern) 2500 Spieler beteiligt waren. Ueber den Sommer hin hat es einen Sprechchor ausgebildet, der bereits starke Proben davon gezeigt hat, wie gerade diese Kunstform der Arbeiterbildung gemäß ist und wichtige Wirkungen erzielt. Einer seiner Aufgaben wird sein, die Berliner Einrichtung der proletarischen Feiertage mit auszugestalten.

Zu Winter beginnen jetzt eine Reihe Kurse aus den wichtigsten Gebieten sozialistischen Wissens. Daneben erstrebt für Partei und Gewerkschaft eine Funktionärsschule, die die Aufgabe hat, längere Genossen für die Betätigung in der Arbeiterbewegung die nötigen theoretischen Kenntnisse zu vermitteln. Die Schule erstreckt sich über vier Halbjahre. In jedem Semester laufen drei Kurse. Die Teilnehmer (30) werden von der Partei und den Gewerkschaften ausgewählt.

Dem Kinofond sucht das A.B.I. in der Arbeiterkassette entgegenzuwirken dadurch, daß es ihr die Möglichkeit gibt, bessere Filme zu sehen. Es veranstaltet deshalb mit zwei eigenen Apparaten einmal im Monat eine Woche lang in zwei verschiedenen

großen Sälen Leipzigs, die jeden Abend wechseln, Filmvorführungen.

Auf dem Gebiete des Theaters begann das A.B.I. die Winterpiele mit der für es veranstalteten Uraufführung von Ernst Tollers „Hinkemann“. Am Durchschnitt hat es monatlich sechs Schauspiele und drei Operettenaufführungen belegt. Selbstverständlich nimmt es dabei Einfluß auf die Gestaltung des Spielplanes.

Seine Konzerte veranstaltet es unter dem Gesichtspunkt, den betreffenden Meister von den verschiedenen Seiten seines Schaffens zu zeigen. Den Kern der Musikwinterprogramme bilden neben der Aufführung einiger Chorwerke und anderer Veranstaltungen vier Jaktien, von denen je einer Beethoven, Mozart, Tschalowsky und Richard Strauss gewidmet ist. Ein Jaktius umfaßt einen einleitenden, das Leben des Meisters, die Art und Bedeutung seiner Werke umreichenden Vortrag, einen Sonaten-, einen Kammermusikabend, ein Sinfoniekonzert und eine Oper. Auf eine musikalische Besonderheit des A.B.I. sei noch hingewiesen. Es bezieht alljährlich die Silvesterfeier mit einem großen Sinfoniekonzert in der größten Halle der Stadt nachts um 11 Uhr. Die Einrichtung besteht seit 1913, der sie öfter dirigiert hat. Dieses Jahr wird dabei Furtwängler Beethovens 9. Sinfonie mit der Hymne an die Freude dirigieren. Das ist gewiß die würdigste Silvesterfeier der Arbeiterkassette. Ballin Hartig.

Ein vorgeschichtliches Feuerstein-Bergwerk. Ein vorgeschichtliches Bergwerk, aus dem die Menschen der Urzeit die Feuersteine gewannen, aus denen sie ihre Werkzeuge verfertigten, ist zu Stoke Down in England freigelegt worden. Der Archäologe H. G. Wade hat drei dieser vorgeschichtlichen Gruben genau untersucht und festgestellt, wie die Urmenschen die Feuersteinstücke aus dem Krebisseifen lösten. Es waren regelrechte Schächte hergestellt; die Krebisseife wurde mit Picken bearbeitet, die aus den Enden von Hirschgemeiden hergestellt waren. Auch fand man zahlreiche Werkzeuge aus Feuerstein selbst. Der erste Schacht misst 12 Fuß im Durchmesser und ist 15 Fuß tief; die Seiten sind senkrecht, und auf dem Boden der Westseite der Grube ist ein weiterer Gang gegraben, in dem die Bergarbeiter eine Ader mit Feuerstein verfolgten. Der zweite Schacht misst 9 Fuß im Durchmesser und 9 Fuß in der Tiefe. Man fand in diesem Schacht neben zahlreichen Werkzeugen einen Block von grünem Sandstein, den Prof. Parson als Rohstein einer Körnmühle erkannte. Es wäre dies der erste Hinweis auf Kornmahlung in Großbritannien. Das Alter dieses Bergwerkes muß in die ältere Steinzeit versetzt werden, so daß also schon diese frühen Bewohner der britischen Insel Korn angebaut hätten.

Im Sinfonie-Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters am 1. November, abends 8 Uhr, im Bismarck-Saal, unter Leitung von Tamiso Hildebrandt wird die bekannte Schweizer Sinfonie Werke von Rigler als Solistin mit. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Weiße, Bach Abend. Hans Fuhrmann bricht am 28. abends 8 Uhr im Reichersaal, Köpenicker, 83, neue Dichtungen (Hed und Prosa) von Curt Weiße und Paul Bach.

Die Buchhändlerkassette beträgt von heute ab 16 Milliarden.

Sozialdemokratie und Pfalzrepublik.

Ein folgenschwerer Uebersehungsfehler.

Speyer, 25. Okt., 2.10 Uhr mittags. (WZB.) Gestern nachmittag fand eine schon vor der gegenwärtigen Zuspühung der Lage angelegte Konferenz von Vertretern der Wirtschaft mit General de Mehl statt. Bei dieser Gelegenheit erklärte der französische General, der Sinn der Darlegung des Majors Couls sei durch ein bedauerliches Versehen des Uebersetzers entstellt worden. Der General stellte fest, daß die fragliche Erklärung des Majors nicht identisch sei mit der Willensäußerung der sozialdemokratischen Unterhändler, die ausdrücklich verlangt hätten, die Pfalz sei im Fall ihrer Selbständigmachung im Verband des Deutschen Reiches zu verbleiben. Hierzu führte der Reichstagsabgeordnete Hoffmann-Kaiserslautern aus, die Sozialdemokraten würden niemals für eine Autonomie der Pfalz zu haben sein, wenn diese nicht als zum Deutschen Reich gehörig betrachtet würde.

Die Notendruckerien stillgelegt.

Beschluß der graphischen Funktionäre.

Entsprechend ihren gestrigen Beschlüssen sind heute vormittag um 10 Uhr die Funktionäre des graphischen Gewerbes erneut zusammen getreten, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, die sich gestern abend zum Reichswehrminister begeben hatte, um ihm das Ultimatum der Buchdrucker bezüglich des Belagerungszustandes und des Verbotes der „Roten Töne“ zu überbringen.

Braun berichtete über den Empfang im Reichswehrministerium. Die Abordnung sei nicht von Minister Geßler selbst, sondern von seinem Adjutanten, Major Rars, empfangen worden, der, nachdem er die ultimative Forderung entgegengenommen hatte, erklärte, daß über die Aufhebung des Belagerungszustandes Bescheidungen stattfinden, deren Ergebnis der Reichswehrminister selbstverständlich nicht vortragen könne. Der Redner erklärte weiter, daß gestern abend die Funktionäre der graphischen Vereinigungen sich mit der so geschaffenen Lage beschäftigt hätten und zu der Ansicht gekommen seien, daß das graphische Gewerbe allein den Kampf gegen den Belagerungszustand nicht aufnehmen könne, daß vielmehr die gesamten Gewerkschaften zusammen mit den politischen Parteien hier nur etwas Entscheidendes erreichen könnten. Der Redner brachte auch eine Resolution des Betriebsrates der Reichsdruckerei zur Kenntnis, der ein ähnliche Haltung einnimmt und sich gegen Einzelaktionen wendet. In der Entschließung heißt es, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nur zusammen mit den politischen Parteien und Vertretern des graphischen Gewerbes eine Aktion gegen den Belagerungszustand unternehmen könne. Der Redner wurde wiederholt durch höfliche Zwischenrufe unterbrochen und man verlangte aus der Versammlung heraus sofortige Selbsthilfe. In der anschließenden Aussprache traten die Vertreter einzelner Betriebe für die Durchführung des Streiks ein, da die bisherigen Einigungsverhandlungen zwischen der SPD. und den Gewerkschaften auf der einen Seite, der SPD. auf der anderen Seite gescheitert seien.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, beschloß die Versammlung gegen eine starke Minderheit vom Donnerstag ab sämtliche Notendruckerien stillzulegen. Damit ist ein sehr weittragender und folgenschwerer Beschluß gefaßt. Es steht zu erwarten, daß angesichts der Schwere der Entscheidung Urabstimmung der beteiligten Gewerkschaften gefordert wird.

Der Küstriner Putz.

Im Rottbuser Prozeß gegen die Küstriner Putzwerke wurde im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen der Chef der politischen Polizei, Obergerichtsrat Dr. Weiß, als Zeuge vernommen, der sich unter Benutzung umfangreichen Altematerials eingehend mit der Tätigkeit der Rechtsorganisationen im letzten Jahre beschäftigte. Als Obergerichtsrat Dr. Weiß sich in seiner Aussage auch auf eine Reihe von Polizeiberichten stützte, die er selbst als veritaucht bezeichnete, und über deren Ursprung er sich aus diesem Grunde nicht äußern wollte, protestierte die Verteidigung energig gegen die Verwendung dieses Materials. Die Kontroverse spitzte sich zum Schluß so scharf zu, daß der Zeuge sich an den Vorsitzenden mit der Bitte wandte, ihn gegenüber den Verteidigern in Schutz zu nehmen und die Anwälte gleichzeitig zu erjuchen, die Würde des Gerichtes besser zu wahren. Obergerichtsrat Dr. Weiß äußerte sich dann im einzelnen über die Tätigkeit des Hauptanklägers, Major Buchrucker, in diesen Rechtsverhandlungen, vor allem im „Stahlhelm“ und im „Heimatsbund von Brandenburg“. Auf Grund dieses Materials bekannte sich der Zeuge zu der Auffassung, daß das Küstriner Unternehmen nur einen Teilausschnitt aus einer größeren Aktion darstelle. Der Ankläger Buchrucker erklärte zu dieser Aussage, daß die Darstellung der politischen Polizei z. T. unrichtig sei und daß zum anderen Teil aus den erwähnten Berichten irrtümliche und einseitige Schlüsse gezogen worden seien.

Obergerichtsrat Dr. Weiß faßte sein Gesamturteil dahin zusammen, daß auf Grund der der politischen Partei zugegangenen Berichte für Ende September oder Anfang Oktober mit einem einheitlichen Rechtsputz im ganzen Reich zu rechnen war.

Unruhen im Reich.

Frankfurt a. M., 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einem Demonstrationszug von Arbeitslosen der Adler-Werke. Nachdem die Arbeitslosen bis zur Konstabler-Wache vorgedrungen waren und die schwache Polizei den Zug nicht aufhalten konnte, wurden Verhaftungen der Polizei herangezogen. Dabei wurde ein Hauptmann der Schutzpolizei verletzt. Daraufhin gab die Polizei zuerst einige Schüsse in die Luft ab und schoß dann in die Menge. Acht Leute waren das Opfer. Ein Mann war sofort tot, ein anderer starb auf dem Transport zum Krankenhaus, zwei Leute wurden schwer und vier leicht verletzt. Gegen Abend war die Ruhe wieder hergestellt.

	25. Oktober		24. Oktober	
	Käufer (Gold-) in Tausend	Verkäufer (Weiß-) in Tausend	Käufer (Gold-) in Tausend	Verkäufer (Weiß-) in Tausend
1 holländ. Gulden	24588500	24661500	24588500	24661500
1 argent. Papier-Peso	19990000	20030000	19351000	19849000
1 belgischer Frank	8182150	8147850	8112200	8127800
1 norwegische Krone	9675750	9724250	9675750	9724250
1 dänische Krone	10072500	11027500	10872750	10927250
1 schwedische Krone	16588500	16641500	16588500	16641500
1 japanische Yari	1675800	1684200	1695750	1704250
1 spanischer Peseta	80922500	81077500	80922500	81077500
1 italienische Lira	2793000	2807000	2793000	2807000
1 Pfund Sterling	284287500	285712500	284287500	285712500
1 Dollar	64837500	65182500	62842500	63157500
1 französischer Frank	3670800	3689200	3630850	3692150
1 brasilian. Milreis	9965000	10015000	9885250	9914750
1 Schweizer Frank	11271750	11282250	11271750	11282250
1 spanische Peseta	8379000	8421000	8379000	8421000
1 österr. Krone (abgezt.)	881	892	887	892
1 tschechische Krone	1875200	1884700	1875200	1884700
1 ungarische Krone	3491250	3508750	3491	3508
1 bulgarische Lewa	602490	605510	602490	605510
1 jugoslaw. Dinar	76808750	768912	768087	768912

Um die Winterkleidung.

Man schreibt uns:

Daß die arbeitende Bevölkerung, selbst die, die in Arbeit steht, nicht einmal soviel verdient, um sich die lebensnotwendigsten Sachen zu beschaffen, darüber gibt es eigentlich in Deutschland nur eine Meinung. Die Lebensmittelpreise der letzten Tage zeigen aufs deutlichste die außerordentliche Notlage sehr vieler Schichten unseres Volkes. Es fehlen nicht nur Mittel zur Beschaffung von Lebensmitteln und Kohlen, sie fehlen auch, um die allernotwendigste Winterkleidung kaufen zu können. Ein Bild in die Glendbüttel Berlins bestätigt dies in grauenerregender Weise. Unter diesen Verhältnissen leiden in allererster Linie unsere sanitären Maßnahmen. Wie häufig kommt es vor, daß Kranke, die einst bessere Tage gesehen haben, sich genieren, zum Arzt zu gehen, weil sie ihm nicht zeigen wollen, daß sie nicht einmal ein Hemd auf dem Leibe haben. Die Ärzte, die mit diesen Schichten zu tun haben, können Hände von Schilberungen geben über die Häufung von Rot und Armut und über die mangelhafte Bekleidung aller dieser, die zu ihnen kommen.

Wie kann dieser Rot gesteuert werden? Kommunen und öffentliche Anstalten sind beim besten Willen dazu nicht in der Lage. Es bleibt nichts anderes übrig, als die privaten Kreise zu nötigen, hier helfend einzuschreiten. Arbeitnehmern, die in Brot und Lohn stehen, d. h. voll beschäftigt werden, muß es der Arbeitgeber durch einen in kleinen Noten abzugebenden Vorkauf ermöglichen, sich die notwendigste Kleidung, also Mantel und Unterkleidung, selbst zu beschaffen.

Für andere Kreise müssen private Sammlungen eingeleitet werden. Es können Sammelstellen errichtet werden, die die abzugebende Winterkleidung annehmen, in Ausbesserungswerkstätten muß diese Kleidung in einer Weise hergerichtet werden, daß sie brauchbar wird. So wird gleichzeitig ein Stück produktiver Erwerbslosenfürsorge geleistet. Es wäre kein übler Gedanke, wenn auch die Bekleidungsindustrie bei diesem Werk der notwendigen Wohltätigkeit helfend mit eingreift, indem sie ebenfalls Sachen der eben geschilderten Zentralstelle zur Verfügung stellt. Es muß bald etwas geschehen. Die Rot schreit zum Himmel! Hat ja der „Vorwärts“ schon wiederholt erklärt. Sie muß beseitigt werden, wenn nicht der Staat in Trümmer gehen soll.

In der Nacht . . .

Abenteuer eines schwedischen Professors in Berlin.

Im August dieses Jahres hatte der schwedische Professor Dr. phil. H. einen Ferienabstecher nach Berlin unternommen. Die nächsten Liebesabenteuer, die er in der deutschen Reichshauptstadt suchte, hatten einen recht eigenartigen Beigeschmack. Dem schwedischen Gelehrten kam es bei der Erforschung des Berliner Nachtlebens hauptsächlich auf die Bekanntschaft mit jungen Männern an. Er hatte dabei das Pech, daß er in ein und derselben Nacht zweimal Erpressern in die Hände fiel.

Nachdem er eine Diebe in der Rührberger Straße besucht hatte, machte er einen Straßenbummel. In der Nähe des Bahnhof Charlottenburg lernte er einen gewissen Koch kennen und diese Bekanntschaft nötigte ihn, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen und gegen den jungen Mann Strafantrag wegen Erpressung zu stellen. Mit diesen trüben Erfahrungen hatte er aber nicht genug. Er fuhr nun zum Potsdamer Bahnhof und von dort zum Halleschen Tor. Zu Fuß wanderte er dann durch die Gütshiner Straße und Prinzenstraße bis zum Bahnhof Jannowitzbrücke, von wo er wieder die Stadtbahn benutzte, und unter den Linden landete. Nachts um 2 Uhr begegnete ihm hier einer der dort jede Nacht umherwandelnden jungen Leute. Dieser junge Mann, der Kantorist Stanislaus Ruda, bat ihn um Feuer für seine Zigarette und es war dann bald ein Gespräch angeknüpft. Der Professor besetzte den jungen Mann nach dem Hotel Amsterdamer in der Linienstraße. Dort angekommen, ließ man sich eine Flasche Wein auf das Zimmer bringen. Pöhllich trat Ruda mit Forderungen auf. Er verlangte für die verflumte Zeit eine Entschädigung in einer Höhe, die er sich einen Anzug dafür kaufen könne. Der Schwede gab ihm schließlich 10 schwedische Kronen, aber damit war Ruda nicht zufrieden. Als der Schwede weitere Zahlungen ablehnte, verzeigte Ruda ihm Faustschläge ins Gesicht, warf ihn auf das Sofa und prügelte weiter auf ihn ein. Erst die durch die Hilferufe des Uebersetzten herbeigeeilte Hotelmutter befreite den Schweden aus den Händen des Erpressers, der sich unter der Drohung, daß er sich die anderen Kronen auch schon noch holen würde, entfernte. Nach kurzer Zeit erschien er unter neuen Drohungen, so daß der Professor sich zum zweitenmal an die Polizei wenden mußte. Das Schöffengericht hat Ruda, einen schon wegen Erpressung, Diebstahl, Heberelei und Hausfriedensbruch mehrfach vorbestraften Burlesken, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hatte Ruda Berufung eingelegt, die aber gestern von der 10. Strafkammer des Landgerichts I verworfen wurde; jedoch wurden Ruda zwei Monate auf die Unterlassungshaft angerechnet.

Zusammenstoß zwischen Kartoffelstoppeln und Schupo.

Auf den Kartoffelfeldern zwischen Neufölln und Rudow hatte das unbefohlene Verhalten eines mit Kartoffelbuddeln beschäftigten Mannes das Einschreiten der überwachenden Schupobeamten zur Folge, das einen geradezu tragischen Ausgang nahm. Ueber den Vorfall wird folgender amtliche Bericht verbreitet:

Heute morgen gegen 8 1/2 Uhr versammelten sich auf den Feldern zwischen Neufölln und Rudow etwa 1200 bis 1500 Personen, die dort Kartoffeln kappeln wollten, und zwar auf einem Gelände von einem Quadratkilometer, wo bereits die Kartoffelernte beendet war und das an den vier Ecken von je einem Schupo-posten bewacht war. Den Leuten war auf diesem Gelände das Kartoffelstoppen erlaubt. Bereits nach kurzer Zeit fielen verschiedene der Kartoffelstoppeln über ein noch nicht abgeerntetes Feld her, worauf ein Polizeibeamter einschritt und die Leute zurückschickte. Darauf entstand eine heftige Auseinandersetzung. Einer der Leute wurde tödlich und griff einen der Polizeibeamten an. Ein anderer Polizeibeamter, der seinem Kameraden zu Hilfe eilte, wurde von der Menge bedroht. Sie drangen mit ihren Kartoffelhacken auf ihn ein, so daß der Beamte auf eine Anhöhe flüchten mußte. Er forderte die Leute auf, von ihm abzulaufen, widrigenfalls er von seiner Schupooffiziere Gebrauch machen würde. Alle Mahnungen hatten aber keinen Erfolg. Die Kartoffelstoppeln drangen erneut auf ihn ein, so daß er nunmehr zwei Schüsse abgab. Dadurch wurde der 13jährige Karl Hinz aus der Steinmehrerstr. 25 in Neufölln getötet und die 15jährige Anna Brache aus der Wollschichtstr. 21 in Neufölln schwer verletzt. Der Knabe hat etwa 300 Meter von der Stelle entfernt gestanden und scheint durch einen Querschläger getroffen worden zu sein. Die schwerverletzte Brache wurde einem Krankenhaus zugeführt.

Die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen.

Der Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin gehen fortgesetzt Anzeigen über die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen zu, deren Männer in Beruf und Arbeit stehen. Es wird daran die Aufforderung geknüpft, derartig besetzte Stellen zugunsten von erwerbslosen Männern von Amts wegen freizumachen. Das ist, wie uns vom Berliner Magistrat mitgeteilt wird, seit der Aufhebung der Demobilisierungsverordnung über das Verbot des Doppelvertrags, dem 1. April 1922, nicht mehr möglich. Die Behörde muß es daher der verständigen Nachprüfung der Arbeit-

geber überlassen, wieweit Stellen in ihren Betrieben, die gegenwärtig durch Ehefrauen besetzt sind und nicht voll oder teilweise erwerbsloser Männer ausgefüllt werden, freigemacht und mit erwerbslosen Männern, namentlich Familienvätern, besetzt werden können. Eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen, bekanntlich immer knapper werdenden Arbeitsgelegenheiten an die Angehörigen der einzelnen Gewerbezweige würde jedenfalls im Interesse der Gesamtheit liegen, die ja die Kosten der Unterbringung der Erwerbslosen aufzubringen hat. Durch eine freiwillige Regelung des Ausgleichs seitens der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde sich die Wiederinanspruchnahme vorgenannter Demobilisierungsverordnung, mit der ein beträchtlicher Reineinkauf konträrer Beamter zu verbinden wäre, wünschenswerterweise erübrigen.

Zur Sicherstellung der Werke.

Eine Verordnung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung herausgegeben, die die Weiterlieferung von Gas, Wasser und Elektrizität sicherstellt. Diese Verordnung gibt den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken das Recht, in einem Abrechnungs- und Berechnungszeitraum, für den die Rechnung ausgestellt ist, denjenigen Preis zu berechnen, der am Tage des Eingangs der Rechnung für die Verbraucher gilt.

Weiter wird dazu mitgeteilt: Die Rot der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe notwendigen Mittel zu erhalten, ist eine ganz außergewöhnlich große. Abgesehen von den Kohlen haben sie auf Wochen voraus Kohlen zu beschaffen, die spätestens bei der Ablieferung bezahlt sein müssen. Infolge der im allgemeinen üblichen Berechnung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise nach erfolgter 14tägiger und gar vierwöchentlichiger Ablesung müssen die Werke bei der bedauerlichen rapiden Selbstentwertung derartiger Verluste auf sich nehmen, daß sie binnen weniger Wochen ihr ganzes Betriebskapital aufgezehrt haben und nicht mehr in der Lage sein würden, neue Kohlen einzukaufen. Das völlige Erliegen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke muß aber im Interesse des öffentlichen Wohles, der Gesundheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Interesse jedes einzelnen gesichert bleiben. Aus diesem Grunde muß den Werken die Möglichkeit gegeben werden, für einen so kurz wie möglich zu geltenden Zeitraum diejenigen Kosten in Rechnung zu stellen, die am Tage der Rechnungspräsentation für Gas, Wasser und Elektrizität gelten. Es ist zuzugeden, daß die Werke hierdurch für die ersten Tage einer Abrechnungsperiode unter Umständen einen wesentlich höheren Preis erhalten, als er am dem Tage berechtigt gewesen wäre. Es gibt aber kein anderes praktisches Mittel, die Werte schnell in die Lage zu versetzen, mit dem Erlös genügend neue Kohlen kaufen und den Betrieb weiterführen zu können. Die Reichsregierung hat sich, so schwer ihr dies mit Rücksicht auf die schwierige Lage eines großen Teiles der Bevölkerung geworden ist, mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl entschließen müssen, eine Verordnung herauszugeben, die die Weiterlieferung von Gas, Wasser und Elektrizität sicherstellt. Sie hat daher soweit von den Ländern oder von diesen beauftragte Behörden nicht schon andere Zahlungsverfahren (Verkauf von Gutscheinen, Bestellung von Vertrauenspersonen zur Feststellung der verbrauchten Menge sowie zur Entgegennahme und Weitergabe der Zahlungen oder dergleichen) zulassen, den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Berechtigung erteilt, in einem auf 16 Tage festgelegten Abrechnungs- und Berechnungszeitraum, für den die Rechnung ausgestellt ist, denjenigen Preis zu berechnen, der am Tage des Eingangs der Rechnung für die Verbraucher gilt. Säumige Zahler haben für den geschuldeten Betrag den am Tage der Zahlung gültigen Preis zu entrichten, sind mit anderen Worten zur Aufwertung verpflichtet. Mit Rücksicht auf eine prompte Geschäftsabwicklung mußte den Werken als äußerstes Druckmittel gegen böswillige Schuldner die Lieferungsperze zugestimmt werden. Sie darf aber, um, soweit es angängig ist, Härten zu vermeiden, erst nach dem Ablauf von 7 Tagen nach dem Empfang einer auf den jeweiligen individuellen Zahlungserwerb beruhenden Androhung zur Ausführung kommen. — Die Verordnung wird gewiß von weiten Kreisen hart empfunden werden, jeder einzelne muß sich aber vor Augen halten, daß sie in Rücksicht auf die Gesamtinteressen unvermeidbar ist.

Es hätte unseres Erachtens dem Ganzen nicht geschadet, wenn die Regierung bei der vorliegenden Verordnung auch die Rechte der Verbraucher in den Bereich ihrer Betrachtungen gezogen hätte. Von den kümmerlichen Papiermarkteinkünften können die auf Dollarbasis errechneten Beträge doch nicht bestritten werden. Es ist schließlich Sache der Regierung, für schleunige Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel Sorge zu tragen, womit die geschuldeten Schwierigkeiten bald behoben sein würden.

„Kindermilch“ für Erwachsene gibt es seit Monaten im Betriebe der A.G. in Berlin am Friedrich-Karl-Platz. Sie wird Tag für Tag von einem Volle-Wagen in Flaschen geliefert, die den Kunden „Kindermilch“ tragen. Man sagt uns, daß die Verbraucher dieser Milch auch den für „Kindermilch“ üblichen höheren Preis zu zahlen haben. Hier trängen sich uns ein paar Fragen auf. Ist die Kaufkraft kinderreicher Familien so gesunken, daß die Firma Volle ihre teure „Kindermilch“ nicht mehr da los wird, wo sie ihren Zweck erfüllt und Kindern zugute kommt? Oder ist die Knappheit an Milch so groß, daß Erwachsene zu der teuren „Kindermilch“ greifen, unbekümmert darum, ob sie Kindern entzogen wird?

Gibt uns Arbeit! Gibt uns Brot! Mit diesen Rufen marschierte am Mittwoch nachmittag ein großer Zug Arbeitstrotzer durch die Straßen Potsdams, ohne daß es jedoch zu Zwischenfällen kam. In einem öffentlich angelegenen Nachtrag zu dem Verbot von Versammlungen über Ansammlungen, Demonstrationen von Arbeitslosen usw. verbietet der Potsdamer Polizeipräsident v. Jizewitz auch den Nachrichtensbüros, irgendwelche Nachrichten über Ansammlungen und Demonstrationen zu veröffentlichen.

Der neue Leiter der Berliner Feuerwehr. Der Magistrat Berlin hat den Brandinspektor, Ingenieur G. M. P., der seit Monaten interimistisch die Berliner Feuerwehr leitete, zum Nachfolger des Oberbranddirektors M. Reichel gewählt und ersucht in einer Vorlage um die Zustimmung der Stadterordnetenversammlung.

Ein Reit-, Spring- und Fahrturnier findet in der Zeit vom 26. Oktober bis 4. November im Sportpalast statt. Leider fällt das sehr sorgfältig und umfangreich vorbereitete Unternehmen, das eine schon vortrefflichen Pferdmaterials und interessante Konkurrenzen verspricht, in diese ungünstige Zeit; jedoch war eine Verlegung der Veranstaltung nicht mehr möglich. Nachmittags finden die Hauptprüfungen (Dressur- und Materialprüfungen) statt und abends Tagelagerungen mit Totalisator.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Noch vorherrschend mäßig ohne wesentliche Niederschläge. Bismlich frische westliche Winde und wenig veränderte Temperaturen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Müste. Freitag, den 26. Oktober, 7 Uhr, erweiterte Kreisvorstandung bei Hermann Schwarz, Wankenfellerstr. 10.
2. Kreis Charlottenburg. Freitag, den 26. Oktober, 7 1/2 Uhr, Sitzung aller Kreisparteimitglieder, Rosinistr. 137, n. 1 Tr. Jede Abteilung muß vertreten sein.
3. Kreis Weidenfelde. Freitag, den 26. Oktober, 7 Uhr, Stadtkonferenz im Rathaus, Zimmer 2.
4. Parteizentralen. Gruppen Kreislager, Feilerbüchsen und Eiden: Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, gemeinsames Musikabend im Jugendheim, Glöckstr. 3 (Rode Ringbahnhof Treptow). Thema: Das Streben der Republik und die republikanische Jugend. Referent Genosse Robert Keller.

Gewerkschaftsbewegung

Verzweigungsstimmung!

Der klaffende Widerspruch zwischen den Löhnen und den Preisen, die glatte Unmöglichkeit, mit den als Lohn ausgegebenen Papiergeldbündeln auch nur die allernotwendigsten Lebensmittel, Brot, Margarine, Kartoffeln usw. zu beschaffen, die Gasrechnungen und anderes zu bezahlen, steigert die Unzufriedenheit zur Verzweigungsstimmung. Die Verzweigungen der Gewerkschaftsfunktionäre, insbesondere in der Metallindustrie, daß alles erdenkliche geschieht, um diesen unhaltbaren Zustände scheinungsmäßig zu begegnen, der Hinweis auf die besonderen Vereinbarungen in der Metallindustrie und weitere Verhandlungen, auf die bevorstehende Ausgabe wertbeständigen Geldes, all das wird als Schwindel und Betrug bezeichnet und die sofortige Einführung wertbeständiger Löhne gefordert. Es sollen Aktionskomitees gebildet werden bzw. sind gebildet worden, um „gegen die Führer“ und über sie — das heißt über die Gewerkschaften hinweg in den einzelnen Betrieben in Aktion zu treten.

Die Kommunisten verstehen es, die Kassezeit und Verzweigung für ihre politischen Zwecke auszuschlachten. Sie sind eifrig bemüht, jede Maßnahme zur Erleichterung und Entspannung der Situation entweder zu sabotieren oder sie verächtlich zu machen. Im Augenblick steht noch nicht fest, ob ihre Absicht gelingt, die Gew. und Zeitungsdruckereien stillzulegen, um die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel zu verhindern.

Trotzdem das Beerdigungsmandat, die Bestattung des verstorbenen Arbeiters S9 auf einer politischen Aktion auszuschlachten, bereit ist, wurde in einer Reihe von Betrieben beschlossen, die Arbeit um 1 Uhr einzustellen, um zu demonstrieren.

Keinem vernünftigen Gewerkschaftsmitglied muß erst noch gesagt werden, daß es unsere Lage nur noch verschlimmert, wenn wir in dieser schwierigen Situation die Kerzen verlieren und uns von den Kommunisten ins Schlepptau nehmen lassen, unsere Notlage mißbrauchen lassen für die kommunistischen Parteizwecke.

Selbstverständlich ist, daß die Gewerkschaften alles daran setzen, um auf dem schnellsten Wege Abhilfe zu schaffen. Sie können aber nur dann etwas erzielen, wenn die Gewerkschaftsmitglieder sich mit ihren Forderungen an sie wenden, sich hinter ihre Gewerkschaften stellen und dem systematischen Treiben der Kommunisten, das Vertrauen zu den Gewerkschaften vollständig zu untergraben, Widerstand leisten. Unsere Interessenvertretungen bilden Partei und Gewerkschaften und nicht die K.P.D.-Zentrale, deren politisches Interesse sich darauf konzentriert, die Massen zu Verzweigungsaktionen zu treiben, deren Ausgang von vornherein nicht zweifelhaft sein kann. Mehr denn je ist gerade jetzt notwendig, die Ruhe und Lieberlegung nicht zu verlieren, der Verzweigungsstimmung durch praktische Maßnahmen zu begegnen anstatt durch Generalstreikmache, Tumulte und Plünderungen.

Aber auch die Unternehmer und die Landwirte müssen sich gefaßt lassen, daß sie alles ausbieten müssen, um den unentgeltlichen Zuständen abzuweichen, wenn ihnen daran gelegen ist, geordnete Zustände aufrechtzuerhalten. Von der Regierung nehmen wir ohne weiteres an, daß auch sie nichts unversucht läßt, um werkeigentliche Zahlungsmittel herbeizuschaffen. Das Interesse an der Fristung der nackten Existenz ist bei der großstädtischen Indusstriedebedarfung augenblicklich erheblich größer als die ganze Kahrerei und alle Proklamationen der Separatisten. Es gilt die Verzweigungsstimmung zu überwinden, die östliche Anarchie zu verhindern!

Wie die Reichsbahn wirtschaftet.

Zus Eisenbahnverträgen wird uns geschrieben: Infolge der von oben herab angeordneten Personalverminderungen, die unter dem Minister Goerner bei der Reichsbahn üblich waren, wurden bei einer Dienststelle in Leipzig vier Arbeiter entlassen. Gegen die Entlassungen wurde Einspruch erhoben. Der Fall beschäftigte zunächst die Schlichtungsstelle bei der Reichsbahndirektion Dresden, sodann den Hauptentscheidungsausschuß im Reichsverkehrsministerium und darauf abermals die Schlichtungsstelle Dresden. Gestützt auf eine gutachtliche Empfehlung des Hauptentscheidungsausschusses entschied die Schlichtungsstelle, daß der Einspruch berechtigt sei und die Entlassenen wieder einzustellen wären. Die Reichsbahndirektion Dresden, als die zur Entscheidung über die WiederEinstellung berufene Instanz, konnte sich nicht selbständig entscheiden, sondern richtete an das Reichsverkehrsministerium die Frage, wie sie sich verhalten solle. Dadurch vergingen abermals zwei Monate, bevor die Entlassenen über ihr endgültiges Schicksal Bescheid erhielten. Endlich, in den ersten Tagen des Oktober, nachdem ein halbes Jahr seit ihrer Entlassung verstrichen war, erhielten die Entlassenen den Bescheid, daß sie nicht wieder einzustellen, sondern durch Entschädigung abzulassen seien.

Diese Nachricht traf ein, als die vier Entlassenen infolge einer Einwirkung des Deutschen Eisenbahnverbandes bei ihrer ursprünglichen Dienststelle bereits wieder eingestell waren, allerdings vorläufig nur zur vorübergehenden Beschäftigung. Diese Wiedereinstellung steht durchaus nicht im Widerspruch zu der im April erfolgten Entlassung, denn es geschieht bei der Reichsbahn nicht selten, daß die einzelnen Dienststellen genötigt sind, auf Grund zentraler Anordnungen Entlassungen von Arbeitern vorzunehmen, deren sie zur Durchführung des Dienstes eigentlich bedürfen.

Als jedoch die Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums eintraf, die Arbeiter seien nicht wieder einzustellen, mußte die Dienststelle zur abermaligen Entlassung der vier Arbeiter schreiten. Dabei blieben jedoch die Bedürfnisse des Dienstes die gleichen. Um die Bedürfnisse des Dienstes in Einklang zu bringen mit dem Befehl, die Arbeiter nicht wieder einzustellen, mußte sie nach einem Ausweg suchen. Sie fand ihn, indem sie die Arbeitsverrichtungen, mit denen die Betroffenen betraut waren, aus der eigenen Regie der Reichsbahnverwaltung herausnahm und einem Privatunternehmer übertrug. Dieser Unternehmer übernahm die gleichen Dienstleistungen. Der Unterschied gegen früher besteht nur darin, daß das Privatkapital weiter in das Gebiet der Reichsbahn eingedrungen ist, daß die von der Reichsbahn zu zahlenden Löhne sich um so viel erhöhen, wie der betreffende Arbeitgeber für sich Profit beansprucht, und daß die Reichsbahnverwaltung genötigt ist, an die vier Arbeiter, die sie entgegen dem Schiedsspruch von Dresden entlassen hat, eine Entschädigungssumme zu zahlen. Alles das geschieht nur, weil die in dem Spruch der Schlichtungsstelle Dresden zum Ausdruck gekommene Rechtsauffassung von den Juristen des Reichsverkehrsministeriums nicht anerkannt wird.

Was wir hier schildern, ist nur ein besonders krasser Fall unter zahlreichen ähnlichen Vorgängen. Die schlimmen Wirkungen solcher Maßnahmen konnten in diesem Falle noch einmal, wenigstens teilweise, verhütet werden, weil es wiederholten Vorstellungen des Deutschen Eisenbahnverbandes bei der Reichsbahndirektion gelang, die Entlassenen wieder im Eisenbahndienst unterzubringen. Die Reichsbahndirektion war auf Grund einer inzwischen vom Reichsverkehrsministerium ergangenen allgemeinen Erlaubnis zu Neueinstellungen zu solchem Schritt berechtigt. Aber das ändert nichts an der Bedeutung dieses Falles als Kennzeichen für die K.P.D. maßgebende Auffassung auf dem Gebiete der Personalpolitik. Wenn die Regierung zu Sparmaßnahmen schreitet, so möge sie sich auch dieser Dinge erinnern. Und wenn der Beamtenabbau ernstlichere Gestalt annehmen sollte, dann möge man nicht übersehen, daß die Entlassung einiger an hervorragender Stelle wirkender Juristen der Reichsbahnverwaltung einen doppelten Vorteil bringen würde. . . .

Achtung! Genossinnen! Achtung!

Freitag, den 26. Oktober, abends 6 Uhr
Gr. Funktionärinnen-Konferenz
im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr.
Tagesordnung: „Das Ermächtigungsgesetz.“
Referentin: Genossin Mathilde Wurm.
Kontrolle: 9. und 10. Kreis. (Funktionärkarte, Mitgliedsbuch.)

Vom amerikanischen Gewerkschaftsbund.

Im Zusammenhang mit dem in der ersten Woche dieses Monats in Portland, Oregon, abgehaltenen 43. Gewerkschaftskongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes können nun weitere Einzelheiten gemeldet werden. Dem Jahresbericht der Exekutive zufolge stellte sich die Zahl der Mitglieder Ende August dieses Jahres auf 2 926 468, gegen 3 195 635 im Jahre 1922 und 3 908 528 im Jahre 1921. Die Mitgliederzahl ist demnach während des letzten Jahres um 260 000 zurückgegangen. Der Gewerkschaftsbund umfaßt nun 108 nationale und internationale Organisationen.

Ueber die Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund wird gesagt: „In bezug auf unsere Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund hat sich seit dem letzten Bericht nichts geändert. Es hat eine ausgedehnte Korrespondenz zwischen unserem Exekutivkomitee und dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden und die Abschriften dieser Korrespondenz liegen zur Einsicht vor. Es ist keine Veränderung in der Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingetreten, um den Bedenken entgegenzukommen, die von der American Federation of Labor erhoben und als ein Hindernis des Anschlusses an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezeichnet worden sind. Wir schlagen vor, das Exekutivkomitee zu ermächtigen, die Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund auch weiterhin aufrechtzuerhalten, in der Hoffnung, daß sich bald eine Gelegenheit zum Anschluß an den Bund der organisierten Arbeiter der alten Welt ergeben wird. Wir sind sehr gerne bereit, so bald als möglich die kameradschaftlichen Beziehungen wiederherzustellen, soweit dies ohne Aufgeben derjenigen Prinzipien geschehen kann, die von der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung als unverzichtlich betrachtet werden.“

Es wurden Resolutionen gegen die Kamberarbeit, zugunsten der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für die Frauen und gegen zahlreiche richterliche Zwangsbescheide (injunctios) angenommen. Weitere Entschlüsse verlangen strengere Einwanderungsgesetze und eine Reduktion in der Einwanderungsquote der einzelnen Länder. Außer Klan und Faschismus werden verurteilt, desgleichen die hinterhältige Fusionskampagne der Gewerkschaftlichen Erziehungsliga. Obgleich der Kongress die Gründung einer politischen Arbeiterpartei ablehnte, sprach er sich andererseits zugunsten der „politischen Kampagne außerhalb der Parteien“ aus. Die organisierten Arbeiter werden aufgefordert, nie für Kandidaten zu stimmen, die nicht gegen die richterlichen Zwangsbescheide sind.

Von den Gästen des Kongresses erwähnen wir J. B. Brown, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Frank Hodges, Sekretär der Internationalen Bergarbeiter-Föderation. Frank Hodges soll zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und europäischen Bergarbeitern beitragen. Ein Delegierter wurde ausgeschlossen, da er Mitglied der kommunistischen Partei und für diese tätig ist.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die erste Kommission der Arbeitskonferenz genehmigte heute die im Entwurf des Arbeitsamts vorgesehene Umgrenzung des Inspektionswesens, und zwar derart, daß es sich auf jeden Fall auf die Durchführung der Gesetze und Vorschriften über die Regelung der Arbeitsbedingungen und des Arbeiterschutzes beziehen muß, daneben aber auch nach Maßgabe der Voraussetzungen in den einzelnen Ländern auf die Gutachten über die Veränderung und Bauprojekte von Arbeitsstätten, von feuergefährlichen und ungesunden Fabrikationsarbeiten und Mitarbeit bei der Stellensvermittlung usw.

Die zweite Kommission legte das Inspektionsrecht in den Arbeitsstätten auf Tag und Nacht fest. Die dritte Kommission regelte das Interventionsrecht der Inspektoren bei Arbeitsunfällen und Berufsunfällen sowie die Angelegenheit bei den Behörden. Die fünfte Kommission verlangte eine jährliche Berichterstattung der Inspektionsdienste jedes Landes, die sich auf die Erfahrungen der Inspektionsstätigkeit und die Veröffentlichung der im Laufe des Jahres erlassenen Gesetze und Vorschriften über die Regelung der Arbeitsbedingungen erstrecken soll. Zu Vorsitzenden der fünf Kommissionen wurde je ein Franzose, ein Italiener, ein Belgier, ein Engländer und ein Pole — kein Deutscher — gewählt.

Das Lokal von Raciejewski, Restaurant zur Post, in Stahnsdorf, Lindenstraße Ecke Hauptstraße, wird wegen arbeiterfeindlichen Verhaltens für die Arbeiterkassette gesperrt.
Drausauskunft des ADGB für Teltow und Umgegend.

Der Streik in den ober-schlesischen Gruben dauert weiter an. Die Belegschaft der Hüttschinsky-Werke und der ober-schlesischen Eisenindustrie erschien gestern auf ihren Arbeitsstellen, verweigerte aber jede Arbeitsleistung. Der Arbeitgeberverband hat den Arbeitern für heute einen weiteren Versuch zugesagt. Ebenso soll die Feitverjorgung für die Arbeiterkassette in die Hand genommen werden. Die verauslagten Mittel sollen ratenweise in Abzug gebracht werden.

Wirtschaft

Die Banknotenpolitik der Reichsbank.

In unserer Nr. 485 vom 17. Oktober veröffentlichten wir eine Entschlieung der Reichsbankbeamten, in der zugleich eine Reorganisation des Dienstbetriebes verlangt und über mangelnden Beistand bei der Bereitstellung der für den Verkehr notwendigen Banknotenmengen Klage geführt wurde. Zur Klärung der im letzten Punkte erhobenen Vorwürfe erhalten wir vom Reichsbankdirektorium folgende Zuschrift:

„Der Behauptung, daß Ende vorigen Jahres die Geldkassette mit Ein- und Zweimarktscheinen bis an die Decke vollgeproppelt gewesen wären, stellen wir die Tatsache gegenüber, daß Druckaufträge für Ein- und Zweimarktscheine seit Juli bzw. Oktober 1922 nicht mehr gegeben worden waren, daß ferner am Jahreschluss weniger als 50 Millionen davon in den Gesamtbeständen der Reichsbank vorhanden waren, bei einem gleichzeitigen Umlauf von 1340 Millionen Mark an Ein- und Zweimarktscheinen und bei einem bis Mitte 1923 aus Eingaben der Handelskammern usw. nachweisbaren Bedürfnis des Verkehrs nach solchen kleinen Scheinen, das von der Reichsbank nur noch zu einem geringen Teil befriedigt werden konnte. Unrichtig ist ferner die Behauptung, daß im Frühommer dieses Jahres „fast alle Hilfsdruckereien für einige Zeit geschlossen wurden“. Richtig ist vielmehr, daß damals im Interesse gerade einer stärkeren Produktion an im Buchdruck hergestellten Notizen über hohe Beträge eine Ersetzung des technisch überholten und zu teuren Kupferdruckverfahrens sowie eine Umorganisation der am Notendruck beteiligten Druckereien durch deren technischen Zusammenschluß mit der Reichsbankdruckeri erfolgte. Das bedeutete einerseits eine Heranziehung neuer Druckereien, andererseits eine Ausschaltung eines Teils der bisherigen. Bei den damals das Doppelte des gesamten Umlaufs ausmachenden Reserven der Bank an Notizen konnte diese notwendige Umstellung vorgenommen werden ohne Gefährdung der Notenerföhrung der Wirtschaft und mit der Wirkung, daß die beabsichtigte Steigerung der Notenerföhrung auch tatsächlich erreicht wurde.“

Die Teuerung im Großhandel.

Wie sehr der Lebenshaltungsinde bereits überholt ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß schon am Dienstag die Grohhandelsspreise ganz gewaltig über den Stand der Lebenshaltungskosten hinaus gestiegen sind. Die auf den Stichtag des 23. Oktober berechnete Grohhandelsziffer des statistischen Reichsamts ergibt auf 14,6 Milliardenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 16. Oktober um 1237 Proz. gestiegen. Von den Hauptgruppen liegen die Lebensmittel (im Grohhandel) um 1263 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 1342 Proz., die Industriewerke um 1210 Proz., davon die Gruppe Kohle und Eisen um 1261 Proz., ferner die Einfuhrwaren um 1172 Proz. und die Inlandwaren um 1256 Proz.

Die Goldmark nach dem Dollarkurs, die zugleich der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 23. Oktober ist, beträgt 15 Milliarden.

Goldanleihe als Zahlungsmittel. Wenn jetzt die Einführung der Goldanleihe als Zahlungsmittel eine wesentliche Erleichterung des Warenmarktes bewirken soll, ist es notwendig, daß auch der werkeigentliche Kredit auf der Basis der Goldanleihe aufgebaut wird. So ist z. B. heute der Kleinhandel nahezu außerstande, sich ausreichend mit Waren einzudecken, weil sein eigenes Betriebskapital von der Geldentwertung aufgezehrt wird und Kredite kaum zur Verfügung stehen. Vereinzelt haben nun schon eine Reihe von Banken, mit Ausnahme der größeren Bankinstitute, einen Festmarkverkehr eingerichtet. Jetzt kündigt die Commerz- und Privatbank an, daß sie zur Erleichterung der Einführung der Goldanleihe ohne Zinscheine als Zahlungsmittel eine Goldanleiheklasse eingerichtet hat. Diese besagt nicht nur den An- und Verkauf von Goldanleihe über den Ladentisch an zwei Schaltern und eine beschleunigte Lieferung gekaufter Goldanleihe, sondern sie richtet auch Goldanleihekonten ein, bei Einzahlungen von mindestens 50 Dollar in Goldanleihe, über die durch Bar- und Verrechnungsschecks verfügt werden kann. Es ist dringend zu wünschen, daß ein derartiger Kreditverkehr auch bei den übrigen Banken schnellstens durchgeführt wird.

Der Beschäftigungsrückgang der Industrie hat in der weiteren Umgebung Berlins nach dem Bericht des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes auch in der dritten Oktoberwoche angehalten. Durch weitere Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen waren in vielen Bezirken eine erneute Zunahme der Arbeitslosen und eine weitere Ausbreitung der Kurzarbeit zu verzeichnen. Der Rückgang der Beschäftigung ist fast gleichmäßig in allen Industrien und Gewerbezweigen festzustellen. Die Erwerbslosigkeit dürfte nach Beendigung der Nachfrückerte noch weiter zunehmen.

Kohlennot der Verbraucher — Kohlenüberschuß der Zechen. Konjunkturrückgang und Schwächung der Kaufkraft der Verbraucher haben zu einer derartigen Minderung des Kohlenverbrauchs geführt, daß auf den Zechen zu viel Kohle da ist, während die Verbraucher sie nicht erschwingen können. Das gilt nicht nur für Braunkohle, sondern neuerdings auch für Steinkohle. Die Kohlengruben in Deutsch-Oberschlesien leiden unter so starkem Abzugaangel, daß die Haldebestände sich ungeheuer vermehrt haben. Eine einzige Grube hat noch einen Bestand von 20 000 Tonnen. Der Grund des Abzugaangels ist der hohe Kohlenpreis, den die Kleinabnehmer nicht mehr bezahlen können. Für die Eisenbahn kommt die ober-schlesische Kohle nur teilweise in Frage wegen ihrer geringen Heizkraft und des hohen Schlacken-gehalts.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Klaus Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schillemilch; Sozial- und Sonstiges: Fritz Kerschbatt; Anzeigen: Th. Glade; Ähnlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Keine Geldentwertung mehr!

Bei uns laßt man auf Ratenszahlung
STOFFE für Herren- und Damen-
Bekleidung werkeigentlich.
KOCH & SEELAND G. M. B. H.
Gebrüder 1893. Vertrauensliste. 20-21. Gebrüder 1893.

Sämtliche Markenzigaretten
Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabak
kaufen Sie stets gut und billig in
Tabakmanufaktur Schraga
Berlin C2, Straauer Str. 3-6
Tel.: Alex. 1484.

Marken-Zigaretten
Tabak u. Zigaretten Garbay, Halpaus,
Constantin, Karmir,
Avramikos, Murari, gibt ab unt. Tagespr.
Arno Geßner, Tabakwaren-
Großhandlg.,
Werltstr. 21. Teleph.: Moabit 2114.

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Eras Masch
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden,
Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 2760 Potsdamer Str. 118

Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph
Berlin W 50
besonders kräftigend u. erfrischend Potsdamerstr. 122

Der gute Kapitän-Kautabak
In den meisten Zigaretten geschäften erhältlich.
C. Röcker,
Berl. Lichtenberger
Straße 22, Kat. 361

Frauenhaar
Zähle den höchsten Tagespreis
bitte überzeugen Sie sich!
F. R. Müller
Alexanderstr. 37a, I. Etage
an der Kaiserstraße.

Marken-Zigaretten
Tabake, Zigaretten
Garbay, Josefin, Problem, Salem, Peta,
Kremsma, Conkandia, Troceni und viele
andere Marken **weil unter Tagespreis.**
Tabak-Großhandlung H. Rosenburger,
Fehnte, 31, am Nordhof, Tel. Moabit 1705

Arbeitsnachweisgesetz
mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER und **W. DONAU**
Oberregierungsrat und Regierungsrat im Reichsamt
für Arbeitsvermittlung
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur
praktischen Einricht-ung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3.25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2